

GEAS-Reform

Tiefpunkt für Flüchtlingsschutz und Angriff auf demokratische Grundrechte

Von Nora Brezger

Kinder in Haft, Asylschnellverfahren an den Außengrenzen, Abschiebungen in Länder ohne Schutz für Flüchtlinge, immer mehr Deals mit autokratischen Regierungen. Das soll nach dem Willen der EU die Zukunft des Flüchtlingsschutzes in Europa werden. Jedoch haben die Debatten diesen vermeintlichen Tiefpunkt des europäischen Flüchtlingsschutzes und den vorläufigen Höhepunkt des flüchtlingsfeindlichen Diskurses seit der Zustimmung des Parlaments zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) am 10.4.2024 schon wieder überholt. Nun wird gar über die gesamte Auslagerung der Asylverfahren in Drittstaaten diskutiert. Während sich jedoch das Karussell immer grausamerer Ideen, wie Geflüchtete davon abgehalten werden sollen, in Sicherheit und Würde leben zu können, täglich schneller dreht, bleibt die Frage, wie diese vielen realitätsfernen, nicht auf Fakten basierenden Pläne umgesetzt werden sollen.

Zu den bereits bestehenden Zäunen, Mauern, Überwachungstechniken und Push Back kommen noch mehr Inhaftierung und Isolation schutzsuchender Menschen an den Außengrenzen und neue menschenrechtswidrige Deals mit autokratischen Regierungen.

Was passiert mit nach Europa fliehenden Menschen in Zukunft? Das lässt sich nicht genau vorhersagen, denn in den letzten Jahren sind EU-Staaten vor allem

dadurch aufgefallen, dass sie das geltende Recht falsch oder gar nicht angewendet haben. Einige Regierungen unterlaufen bereits jetzt das EU-Recht, indem sie es mit neuen Deals umgehen wollen, wie die italienische Ministerpräsidentin Meloni mit ihrem Albanien-Deal. *PRO ASYL* hat einige typische Fälle konstruiert, wie eine Umsetzung aussehen könnte. Alle zeigen, dass unser Asylrecht, hart erkämpft in Deutschland und Europa, geboren als schmerzhafteste Konsequenz der Schrecken des Nationalsozialismus, in seiner heutigen Form zu Grabe getragen wird.

Anstatt ein reguläres Asylverfahren zu durchlaufen, werden Geflüchtete ein beschleunigtes Verfahren an den Außengrenzen durchlaufen – abgeschirmt von der Außenwelt in haftähnlichen Zentren. Auch Familien mit kleinen Kindern sollen nicht aufgenommen werden. Diese Art von Schnellverfahren wurde in Bulgarien im Jahr 2023 in einem Pilotprojekt erprobt. Anwält:innen in Bulgarien fürchten, dass sie künftig die Schutzsuchenden nicht mehr erreichen und unterstützen können. Das „Vor-Screening“ soll schon vor dem Asylverfahren Anhaltspunkte über Schutzperspektive und Erfolg eines Asylverfahrens geben. Ein absoluter Widerspruch zum individuellen Recht, die persönlichen Fluchtgründe darlegen zu können. Aus unserer Arbeit wissen wir, dass Fluchtgründe häufig nicht innerhalb kurzer Gespräche



Nora Brezger ist seit 2010 in der Flüchtlingsarbeit tätig. Bei *PRO ASYL* unterstützt sie Kampagnen und arbeitet in Netzwerken und Bündnissen.

oder Befragungen zu Tage kommen, zu schmerzhaft sind häufig die Erlebnisse, zu traumatisiert die Menschen. Auch dass das Herkunftsland und dessen angebliche Sicherheit eine große Rolle spielt, ob ein geflüchteter Mensch überhaupt ein Asylverfahren zum Beispiel in Deutschland durchlaufen kann, ist ein gefährliches Instrument. Die vermeintliche Sicherheit eines Herkunftsstaates leitet Deutschland, aber auch andere Mitgliedstaaten der EU, von der jeweiligen Anerkennungsquote der Menschen des Herkunftslandes ab. Völlig außer Betracht wird dabei gelassen, dass beispielsweise in Deutschland die Verwaltungsgerichte 25-30 Prozent der negativen Asylentscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge korrigieren müssen. Dieser Weg wird den Geflüchteten nach den neuen Grenzverfahren und ihrer de facto „Vorsortierung“ verwehrt.

Zudem widerspricht eine „Vorsortierung“ (Pre-Screening) ohnehin dem Grundsatz des individuellen Rechts auf Asyl nach den Genfer Flüchtlingskonventionen.

Bei der GEAS-Reform und dem momentanen Wirbelsturm flüchtlingsfeindlicher Debatten und Diskurse, die in Windeseile in Gesetze gegossen werden und der extremen Rechten in ganz Europa gehörig Aufwind verschaffen, geht es aber um viel mehr als um den Schutz geflüchteter Menschen. Es geht um die Grundrechte in einer Demokratie, um die Idee eines humanen und freien Europas. Denn wer das

Asylrecht angreift, greift die Grundrechte und die europäischen Werte an sich an. Geflüchtete Menschen werden zu Sündenböcken gemacht, für soziale Krisen, die Unzufriedenheit vieler Menschen und ihrer Sehnsucht nach „einfachen“ Lösungen und klaren Feindbildern. Eine solche Strategie trifft nicht nur eine der vulnerabelsten Gruppen von Menschen, die Geflüchteten, sondern trägt auch zum Aufstieg demokratiefeindlicher Kräfte bei, die geflüchteten Menschen den Kampf ansagen.

Natürlich geht der Kampf von *PRO ASYL* und unserer Partnerorganisationen in ganz Europa weiter. Die kommenden zwei Jahre bis zum Start des neuen GEAS-Systems müssen genutzt werden, um Strategien zur weiteren effektiven Unterstützung von Flüchtlingen in Europa zu entwickeln und der Isolations- und Abschottungsstrategie der EU entgegenzuwirken. Wir lassen auch in Zukunft Schutzsuchende nicht im Stich und werden uns weiterhin für ihre Rechte einsetzen. Und gleichzeitig ist es ein Kampf um eine Zukunft in Europa, in der wir an Menschenrechten festhalten und in einer Demokratie leben können.